



# aus Wiesbaden

Nr.3 - November 1999

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Auslagen der Geschäfte und die Befürchtungen der Computerbranche kreisen schon lange um das Jahr 2000. Das Milleniumsereignis füllt die Kassen von Einzelhandel und Tourismus und die meisten von uns haben Prognosen und Hoffnungen für das neue Jahr, in dem so viele Nullen vorkommen. In Wiesbaden hat bei einem Blick auf die Landesregierung und den von ihr vorgelegten Haushalt 2000 die Spannung bereits den Höhepunkt überschritten – viele Nullen bei den handelnden Akteuren waren bereits vorher bekannt und die Zahlen des Haushalts lassen die Erwartungen für eine zukunftsweisende Politik auf Null schrumpfen. Vielmehr kann einem schwarz vor Augen werden, wenn man sich das Koch'sche Streichorchester und seine Folgen ansieht. Kürzungen beim ÖPNV, bei den Volkshochschulen, bei Kindergärten, Schulsozialarbeit und Arbeitsmarktpolitik prägen das Jahr 2000 in Hessen. Schöne Aussichten für das Milleniumsjahr meint

Eure  
Heike Habermann  
Landtagsabgeordnete



## **FAG startet durch – Flughafen ohne Grenzen**

Wer bisher glaubte, die Forderung nach einer neuen Landebahn sei das Ende der Ausbaupläne für den Frankfurter Flughafen, wurde durch die Presseberichterstattung der vergangenen Wochen eines besseren belehrt. Eine spätere Erschließung von Erbenheim sei nach dem Bau der neuen Landebahn durchaus vorstellbar, konnte man von den Spitzen der FAG vernehmen. Die Belastung einer Expansion ohne Grenzen kann jedoch weder Offenbach noch die anderen Städte und Gemeinden im Einzugsbereich des Flughafens verkraften. Wer jetzt nur vor der eigenen Tür kehrt und den Lärm und die ökologische Last lieber beim Nachbarn abladen will, wird sich in einigen Jahren mit den nächsten Erweiterungsplänen auseinandersetzen müssen. Selbstverständlich muss Offenbach das Ziel haben, dass keine Nordbahn im Kelsterbacher oder Schwanheimer Wald gebaut wird, gleichzeitig muss aber deutlich werden, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, die Expansionspläne des Rhein-Main-Flughafens für die gesamte Region endgültig zu diskutieren und zu begrenzen. Der Konflikt zwischen wirtschaftlichem Wachstum und der steigenden Lärm- und Umweltbelastung in Offenbach und der Region kann nur gelöst werden, wenn die betroffenen Anlieger nicht nach dem St.Floriansprinzip immer die Ausbauvariante bevorzugen, die ihnen am wenigsten zusätzlichen Lärm bringt. Im Interesse einer Neuordnung der regionalen Zusammenarbeit ist eine grundsätzliche Position der gesamten Region zur Begrenzung des Flughafenausbaus notwendig.

Inzwischen ist der Zeitpunkt der politischen Entscheidung in Wiesbaden näher gerückt. Ende Januar wird die Mediationsgruppe die Ergebnisse ihrer Arbeit vorlegen. Ministerpräsident Koch hat einen Beschluss noch vor den Osterferien im Landtag angekündigt. Zuvor muss auch innerhalb der Hessischen SPD eine Entscheidung über den Flughafenausbau fallen. Die Aktionen und Unterschriften gegen den Flughafenausbau in Offenbach zeigen, dass wir unsere Interessen lautstark vertreten werden!

## Wie aus Magerquark Sahne wird: weniger Landesmittel für die Kommunen

Große Kunstfertigkeit beweist die schwarz-gelbe Landesregierung, wenn sie der Öffentlichkeit weismachen will, dass sie Städte und Gemeinden mit mehr Geldmitteln ausstattet als ihre rot-grünen Vorgänger. Tatsächlich wird die Summe des Kommunalen Finanzausgleichs um 290 Millionen Mark steigen - das ist aber mitnichten ein Verdienst der CDU/FDP-Regierung sondern ein Resultat des gestiegenen Steueraufkommens. Erste Erfolge der Steuerreform und der Neuregelung der 630DM-Arbeitsverhältnisse führen zu einer Steuermehreinnahmen des Landes in Höhe von 1,3 Milliarden DM. Die Kommunen sind nach Gesetzeslage mit 22,9% an diesen Mehreinnahmen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zu beteiligen. Mehr Geld gibt es also, weil die rot/grüne Politik in Berlin die Weichen für höhere Steuereinkommen gestellt hat und nicht etwa weil die Wiesbadener Regierung die Kommunen mehr unterstützen will. Die schwarz-gelben Zahlenjongleure schmücken sich mit fremden Federn. Wenn man aber nachschaut, wo Hessen aus originären Landesmitteln die Arbeit der Kommunen fördert, stößt man im Landshaushalt auf wilde Streichorgien: Die Landesmittel für den Betrieb von Kindergärten in Höhe von fast 100 Millionen wurden ersatzlos gestrichen, Volkshochschulen und Träger der Erwachsenenbildung erhalten 7,2 Millionen weniger Landesgelder. 4,7 Millionen aus dem Landshaushalt für einfache Stadtsanierung entfallen ebenso ersatzlos wie die Zuführung aus der Grundwasserabgabe für das kommunale Energiesparprogramm. Das Programm 'Arbeit statt Sozialhilfe' wird gestrichen und die Mittel für Beschäftigungsförderung insgesamt gekürzt. Diese Liste ließe sich noch fortsetzen. Fazit ist: die finanzielle Verantwortung für zahlreiche politische Aufgaben wird auf die Kommunen abgewälzt. Damit erweist sich die Regierung im wahrsten Sinne des Wortes als 'verantwortungslos'.

## Aus für die Schule mit festen Öffnungszeiten

Bis zum Jahr 2003 sollten alle hessischen Grundschulen Schulen mit festen Öffnungszeiten werden. Durch die Bereitstellung einer entsprechenden Zahl von Lehrern sollte sichergestellt werden, dass alle hessischen Grundschulkinder bis 12.00 bzw. bis 13.00 Uhr in ihrer Schule unterrichtet und betreut werden können. Ein Fortschritt für die Eltern, die ihre Kinder zu festgelegten Zeiten von der Schule abholen konnten, insbesondere aber auch ein Vorteil für Kinder und Lehrer, die innerhalb der festen Schulzeiten Unterrichts- und Erholungsphasen freigestalten konnten und Unterrichtsstoff kindgerecht und nicht an festen Stundenplänen klebend einteilen konnten. Nach dem Willen der neuen Landesregierung soll jetzt mit der Schule mit festen Öffnungszeiten Schluss sein. Verlässliche Halbtagschule nennt Kultusministerin Wolf ihr neues Modell. Lehrer halten zukünftig wieder ihre Unterrichtsstunden, Betreuungszeiten, die bis 12.00 oder 13.00 Uhr nicht durch Unterricht abgedeckt sind, sollen durch eine zusätzliche Betreuung ausgefüllt werden. Wer dort betreut, bleibt den Schulen selbst überlassen, stellt die Landesregierung großzügig fest. Allerdings will sie dafür nur 10.000 DM pro Schule zur Verfügung stellen. Bei 40 Schulwochen im Jahr bleiben jeder Schule 250 DM in der Woche, um ihre Schüler zu betreuen. Mit dieser Billiglösung sind weder qualifizierte Pädagogen zu bezahlen, noch können alle Schüler diese Betreuung in Anspruch nehmen wie beim Modell von rot/grün. Die Bildungspolitik aus Wiesbaden zeichnet sich nicht nur im Grundschulbereich dadurch aus, dass Qualität abgebaut wird.

### Orwell lässt grüßen

Man ist versucht zu glauben, George Orwell habe den Hessischen Landtag besucht, bevor er seinen Roman 1984 schrieb, in dem die Bürger und Bürgerinnen an jedem Ort von den Verlautbarungen ihres Diktators per Lautsprecher berieselt werden.

Auch im Landtag dürfen die Abgeordneten, die gerade nicht auf ihren angestammten Plätzen im Plenarsaal sitzen, nicht darauf verzichten, die laufende Debatte zu verfolgen. Ob sie gerade im Arbeitskreis tagen, Besucher empfangen, in ihrem Abgeordnetenzimmer verweilen oder einem menschlichen Bedürfnis nachgehen – der Originalton aus dem Plenarsaal begleitet sie via Lautsprecheranlage in alle Ecken des Landtags – sogar zum vielzitierten „stillen Örtchen“, das auf diese Weise gar nicht mehr so still ist!

Viele Grüße!



